

BODEN

EINE ENDLICHE RESSOURCE

Forderungspapier der SPÖ Bundesthemeninitiative für
Umwelt und Nachhaltigkeit

DAS POSITIONSPAPIER IM INTERNET

www.spoe-tun.at

Impressum

MEDIENINHABER & HERAUSGEBER

Die sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ), vertreten durch ihre bundesweite Themeninitiative Umwelt und Nachhaltigkeit, Löwelstraße 18, 1010 Wien

VERANTWORTUNG UND AUSKUNFT

Dr. David Steiner

Telefon: +43 650 21 55 227

david.steiner@spoe-ti.at

www.spoe-tun.at

ORGANISATION

SPÖ Themeninitiative Umwelt und Nachhaltigkeit, Löwelstraße 18, 1010 Wien

MITWIRKENDE

Renner-Institut Kärnten, Lidmanskýgasse 15, 9020 Klagenfurt am Wörthersee

Wiener Bildungsakademie, Praterstraße 25A, 1020 Wien

GRAFIKEN

Fotoquellen von Pexels & Pixabay

TITELBILD

Berglandschaft in Österreich. Im Hintergrund erkennt man die unkontrollierte Ausbreitung von Siedlungen in den unbebauten Raum. Der Bodenverbrauch in Österreich stellt eine ernsthafte Herausforderung dar, die sofortiges Handeln erfordert. Durch eine Kombination aus politischen Maßnahmen, rechtlichen Instrumenten und finanziellen Anreizen kann der Bodenverbrauch reduziert und eine nachhaltige Zukunft für Österreich gewährleistet werden.



Themeninitiative der SPÖ

Alle Rechte vorbehalten.

Wien, September 2023

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	4
DIE AUSGANGSLAGE	5
Statistische Daten	5
Flächeninanspruchnahme	5
BODENFUNKTIONEN.....	7
URSACHEN DES BODENVERBRAUCHS.....	8
Zersiedelung des ländlichen Raums.....	8
Erweiterung von Gewerbe- und Industriegebieten	10
Ausbreitung von Freizeit- und Tourismusinfrastruktur.....	10
Errichtung von Verkehrsinfrastruktur	11
AUSWIRKUNGEN DES BODENVERBRAUCHS	13
AKTUELLE MAßNAHMEN	14
Raumordnungsgesetz (ROG)	14
Baulandmobilisierung	14
Flächenwidmungs- und Bebauungspläne	14
Förderungen für Revitalisierung und Nachverdichtung.....	14
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).....	14
UNSERE VISION.....	15
Nachhaltige Bodenbewirtschaftung	15
Stärkung des ländlichen Raums.....	15
Österreichweites Raumordnungskonzept.....	16
Sicherung der Lebensmittelsouveränität und Wasserversorgung	17
Schaffung von legislativen Rahmenbedingungen für Netto-Null Bodenverbrauch.....	18
Neuregelung für den Umgang mit Leerständen in Österreich.....	19
UNSERE FORDERUNGEN	20
REFERENZEN.....	23

VORWORT

Der Bodenverbrauch in Österreich ist ein zentrales Thema, das nicht nur ökologische, sondern auch soziale Aspekte berührt. Als SPÖ Themeninitiative ist es uns ein Anliegen, den Bodenverbrauch in unserem Land kritisch zu betrachten und Lösungsansätze zu entwickeln, die den Schutz der Natur und die Bedürfnisse der Menschen gleichermaßen berücksichtigen.

Österreich ist ein Land mit einer reichen und vielfältigen Natur, die nicht nur für uns als Gesellschaft von unschätzbarem Wert ist, sondern auch für kommende Generationen bewahrt werden muss. Die zunehmende Versiegelung von Flächen, sei es durch den Bau von Wohn- und Gewerbegebieten oder die Errichtung von Infrastrukturen, führt zu einem Verlust an natürlichen Lebensräumen, landwirtschaftlichen Flächen und Grünflächen.

Dieser Bodenverbrauch hat weitreichende Auswirkungen auf unser Ökosystem. Er beeinflusst den Wasserhaushalt, führt zur Reduzierung der Artenvielfalt und kann zu einer Beeinträchtigung der Bodenfruchtbarkeit führen. Darüber hinaus stellt der zunehmende Bodenverbrauch eine Gefahr für das Landschaftsbild und das Naherholungsangebot dar, das für viele Menschen eine wichtige Quelle der Erholung und des Wohlbefindens ist.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir der Überzeugung, dass ein nachhaltiger Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen erforderlich ist. Der Schutz und die Erhaltung unserer Natur und Umwelt sind nicht nur ökologisch, sondern auch sozial gerecht. Wir streben an, den Bodenverbrauch zu reduzieren und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeitsbedingungen und eine lebenswerte Umgebung für alle Menschen in Österreich zu gewährleisten.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns für eine aktive Raumplanungspolitik ein, die den Bodenverbrauch begrenzt und die Nutzung von bereits versiegelten Flächen fördert. Wir wollen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben, um die Notwendigkeit von Straßen- und Verkehrsinfrastruktur zu verringern. Darüber hinaus setzen wir uns für die Förderung von ökologischem Landbau und nachhaltiger Flächennutzung ein, um die Landwirtschaft und die Versorgung mit regionalen Produkten zu stärken.

Der Bodenverbrauch in Österreich ist eine Herausforderung, der wir uns als sozialdemokratische Partei mit Nachdruck stellen müssen. Wir sind überzeugt, dass eine nachhaltige Raumplanung und eine sozial gerechte Politik im Einklang mit dem Schutz unserer Natur stehen müssen. Nur durch ein bewusstes und verantwortungsvolles Handeln können wir die Grundlagen für eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in Österreich sichern.

Dieses politische Positionspapier der SPÖ-Bundesthemeninitiative für Umwelt und Nachhaltigkeit zielt darauf ab, die Dringlichkeit zu betonen, den Bodenverbrauch in Österreich zu reduzieren und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen zu sichern.



Dr. David Steiner

Wien, im September 2023

DIE AUSGANGSLAGE

Unter Bodenverbrauch versteht man die Umwandlung von Landflächen, insbesondere von landwirtschaftlichen oder natürlichen Gebieten, in Siedlungs- Industrie- sowie Verkehrsflächen. In Österreich, wie auch in vielen anderen Ländern, hat der Bodenverbrauch in den letzten Jahrzehnten zugenommen und stellt eine bedeutende Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung dar.

Die zersiedelten und verbauten Gebiete Europas wachsen, und zwar häufig auf Kosten fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen. Beton- und Asphaltflächen versiegeln den Boden, wodurch verhindert wird, dass die Bodenfunktionen wie die Speicherung von Wasser, Erzeugung von Nahrung und Biomasse, Regulierung des Klimas, Pufferung schädlicher Schadstoffe und Bereitstellung von Lebensräumen erfüllt werden. Regen auf versiegelten Oberflächen läuft ab, anstatt in den Boden einzusickern, wo er gefiltert werden und das Grundwasser wieder auffüllen kann. Straßen, Schienenwege, Kanäle und Städte fragmentieren die Landschaft, beschränken Arten auf immer kleinere Gebiete, versperren Wanderkorridore und beeinträchtigen somit die biologische Vielfalt. Die Art und Weise, wie wir Land in Europa nutzen, ist einer der Gründe, warum die EU nicht auf dem richtigen Kurs ist, um ihr Ziel umzusetzen, den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen.

Statistische Daten

Pro Tag gehen in Europa 250 bis 275 Hektar Boden durch Bebauung verloren. Für europäische Böden besteht die größte Gefahr durch die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft, sowie die fortschreitende Verstädterung. Bereits

auf 42 Millionen Hektar aller europäischen Flächen ist Winderosion zu erkennen und rund ein Viertel ist von Erosion durch Wasser betroffen, wodurch die Süßwasserqualität negativ beeinflusst wird. Laut der Europäischen Umweltagentur hat der ansteigende Bodenverbrauch durch Bodendegradierung und Verstädterung zu enormen Verlusten der Bodenfunktion geführt und ein Drittel der europäischen Landschaft ist bereits hoch fragmentiert. In den vergangenen 50 Jahren wurden in Österreich rund 300.000 Hektar Boden verbraucht, knapp die Hälfte davon versiegelt. Das entspricht der landwirtschaftlichen Fläche Oberösterreichs und damit zählt Österreich zum Spitzenreiter Europas bezüglich des Bodenverlustes. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Laut dem Bodenreport des WWF wurden seit dem Jahr 2000 in Österreich 130.000 Hektar von biologisch produktiven Böden durch Verbauung für immer zerstört. Dies entspricht der gesamten Ackerfläche des Burgenlands.

Flächeninanspruchnahme

Laut dem Umweltbundesamt verringerten sich in Österreich die produktiven Böden im Jahr 2021 um 36,3 km². Der jährliche Verlust schwankte im Zeitraum 2001 bis 2020 zwischen 36,3 km² und 104 km².

Um dieser großen Schwankungsbreite Rechnung zu tragen und die Entwicklung der Flächeninanspruchnahme besser abbilden zu können, zieht das Umweltbundesamt den Mittelwert der jeweils drei vorangegangenen Jahre heran (punktierte Linie in Abbildung 1).

Quellen: [2], [3], [10], [11], [14]

Der 3-Jahresmittelwert der Flächeninanspruchnahme in Österreich lag im Jahr 2021 bei 41 km². Das entspricht der Größe von Eisenstadt. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre wurden somit pro Tag 11,3 Hektar an Flächen neu in Anspruch genommen.

Insgesamt wurden bis zum Jahr 2021 über 5.800 km² an Boden in Österreich beansprucht, das entspricht rund 7% der Landesfläche und 18% des Dauersiedlungsraumes. Mit einem jährlichen Bodenverbrauch von 41 km² setzt sich die kontinuierliche Abnahme neu beanspruchter Fläche seit dem Jahr 2010 fort, wenn auch auf viel zu hohem Niveau und deutlich entfernt von dem im Regierungsprogramm angestrebten Zielwert von 9 km² jährlich bzw. 2,5 Hektar täglich. Den größten Anteil an der Flächeninanspruchnahme haben Betriebsflächen mit 10,5 – 31 km² pro Jahr, gefolgt von Bauflächen mit 17 ± 2 km² pro Jahr, Erholungs- und Abbaufächen mit 1,5 – 8 km² pro Jahr und der Straßenbau mit 4 – 13,5 km² pro Jahr.

Die am stärksten durchschnittliche Veränderung in Hektar/Tag nach Bundesländern weisen Steiermark (2,8 ha), Niederösterreich (2,5 ha/Tag) und Oberösterreich (2,2 ha/Tag) auf.

Flächen, die für Siedlung, Verkehr, Gewerbe, Handel, Bergbau etc. genutzt werden, sind teilweise versiegelt. Versiegelung ist die Abdeckung des Bodens mit einer wasser- und luftundurchlässigen Schicht, wodurch das Bodenleben abstirbt. Versiegelung bedeutet daher den dauerhaften Verlust biologisch produktiven Bodens für Siedlungs- und Verkehrszwecke, aber auch für intensive Erholungsnutzungen, Deponien, Abbaufächen, Betriebsanlagen und ähnliche Intensivnutzungen. Der versiegelte Anteil lag in den letzten drei Jahren bei rund 41% - 58% der jährlichen Flächeninanspruchnahme. Das entspricht rund 15-21 km² pro Jahr.

Quellen: [10], [11]

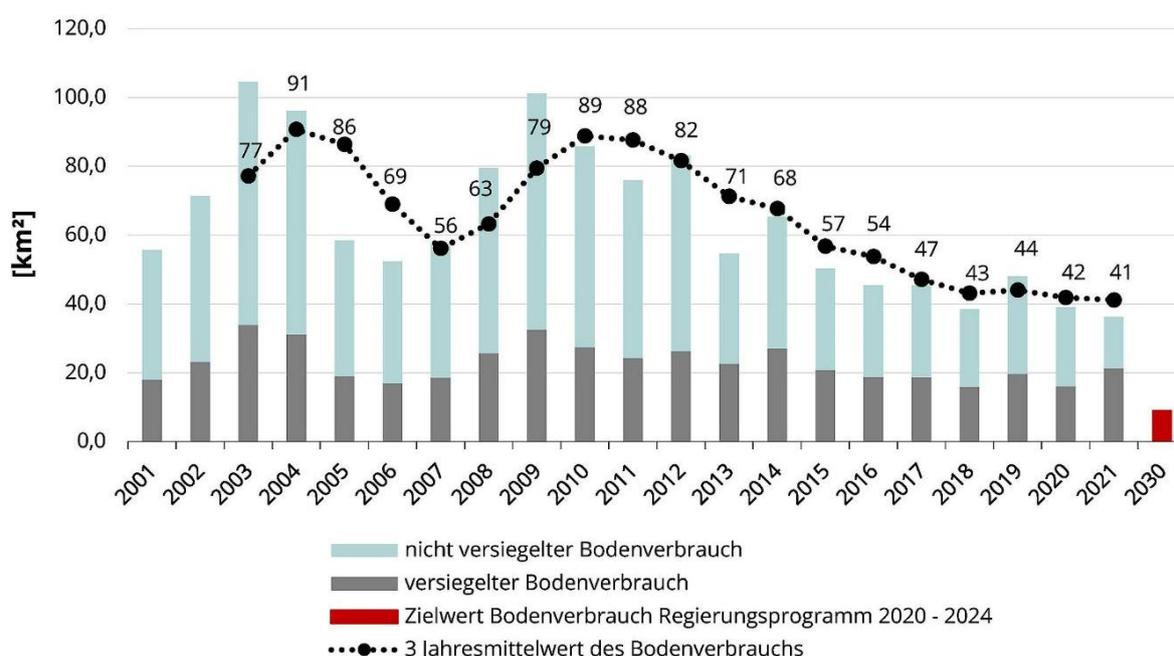


Abbildung 1: Jährlicher Zuwachs der Flächeninanspruchnahme in Österreich [km²] (Quelle: Umweltbundesamt)

BODENFUNKTIONEN

Der Boden erfüllt eine Vielzahl von wichtigen Funktionen, die für Ökosysteme, die Landwirtschaft und die Gesellschaft insgesamt von großer Bedeutung sind.

Der Boden ist ein Speicher für Nährstoffe und Wasser, die für das Pflanzenwachstum und die landwirtschaftliche Produktion essentiell sind. Der Boden kann Nährstoffe aus organischen und mineralischen Quellen aufnehmen und speichern. Er fungiert auch als Reservoir für Wasser, das von Pflanzenwurzeln aufgenommen und im Boden gespeichert wird.

Der Boden stellt den Lebensraum für Pflanzen bereit und bietet ihnen Halt und Nährstoffe. Gesunde Böden mit geeigneten physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften fördern das Pflanzenwachstum und tragen zur Produktivität von landwirtschaftlichen Kulturen bei.

Böden spielen eine wichtige Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf. Sie können große Mengen an organischen Kohlenstoffen speichern und tragen zur Reduzierung von Treibhausgasen in der Atmosphäre bei. Durch die Umwandlung von CO₂ in organische Substanz helfen Böden, den Klimawandel zu mildern. Gleichzeitig können degradierte Böden zur Freisetzung von Kohlenstoff führen und den Klimawandel verstärken.

Der Boden dient als Filter und Puffer für das Grundwasser. Er kann Schadstoffe und Nährstoffe zurückhalten und so die Qualität des Grundwassers verbessern. Durch physikalische, chemische und biologische Prozesse im Boden wird das Wasser gereinigt und gefiltert, bevor es in Wasserressourcen gelangt.

Der Boden beherbergt eine Vielzahl von Bodenorganismen wie Bakterien, Pilze, Insekten und Regenwürmer, welche die Anzahl der lebenden Organismen über der Bodenoberfläche um ein Vielfaches übersteigen. Diese Bodenlebewesen spielen eine wichtige Rolle bei der Zersetzung von organischem Material, der Umwandlung von Nährstoffen und der Aufrechterhaltung der Bodenstruktur.

Der Boden ist Teil des kulturellen Erbes und hat eine enge Verbindung zu den Traditionen und der Geschichte einer Region. Er kann auch ein wichtiger Lebensraum für Pflanzen- und Tierarten sein und zur Biodiversität beitragen.

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung des Bodens sind daher von großer Bedeutung, um diese Funktionen langfristig zu erhalten und die Umwelt- und Lebensgrundlagen zu sichern.

Quellen: [1], [4], [5], [12]



URSACHEN DES BODENVERBRAUCHS

Die Hauptursachen für den Bodenverbrauch in Österreich sind die Expansion von Siedlungsflächen, die Errichtung von Verkehrsinfrastruktur, der Bau von Gewerbe- und Industriegebieten sowie die Ausbreitung von Freizeit- und Tourismusinfrastruktur. Die zunehmende Flächeninanspruchnahme steht im Zusammenhang mit Bevölkerungswachstum, dem steigenden Flächenbedarf pro Kopf und wirtschaftlicher Entwicklung.

Zersiedelung des ländlichen Raums

Die Zersiedelung in Österreich ist ein Phänomen, das mit der zunehmenden Urbanisierung und der damit verbundenen Ausbreitung der Städte und Siedlungen auf das Umland zusammenhängt. Diese Entwicklung hat in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen und stellt eine Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung des Landes dar. Zersiedelung führt dazu, dass immer mehr landwirtschaftliche Flächen, Natur- und Freiräume sowie ökologisch wertvolle Gebiete bebaut werden.

Dies hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, da wertvolle Lebensräume für Pflanzen und Tiere zerstört werden. Zudem steigt der Bodenverbrauch, was mit einer erhöhten Versiegelung und Beeinträchtigung des natürlichen Wasserhaushalts einhergeht.

Ein weiteres Problem der Zersiedelung ist die Entstehung von sogenannten "Siedlungsinseln". Diese sind durch eine geringe Bevölkerungsdichte gekennzeichnet, was zu einer schlechten Verkehrsanbindung und einer ineffizienten Nutzung von Infrastruktur führt. Die Folgen sind ein erhöhter Energieverbrauch und eine verstärkte Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr.

Mit Zersiedelung gehen zudem enorme finanzielle Verpflichtungen einher. Neue Gebäude werden oft außerhalb bestehender Siedlungsflächen/auf der "grünen Wiese" errichtet. Das resultiert vielerorts in sogenannte Stichstraßen, deren Erschließungsleistung oft nur ganz gering genutzt wird. Ein Kilometer Gemeindestraße kostet in der Errichtung mit Beleuchtung, Gehsteig, Kanal, Wasserleitung und Elektrizität 1,2 Millionen Euro. **Quellen:** [4], [7], [9]

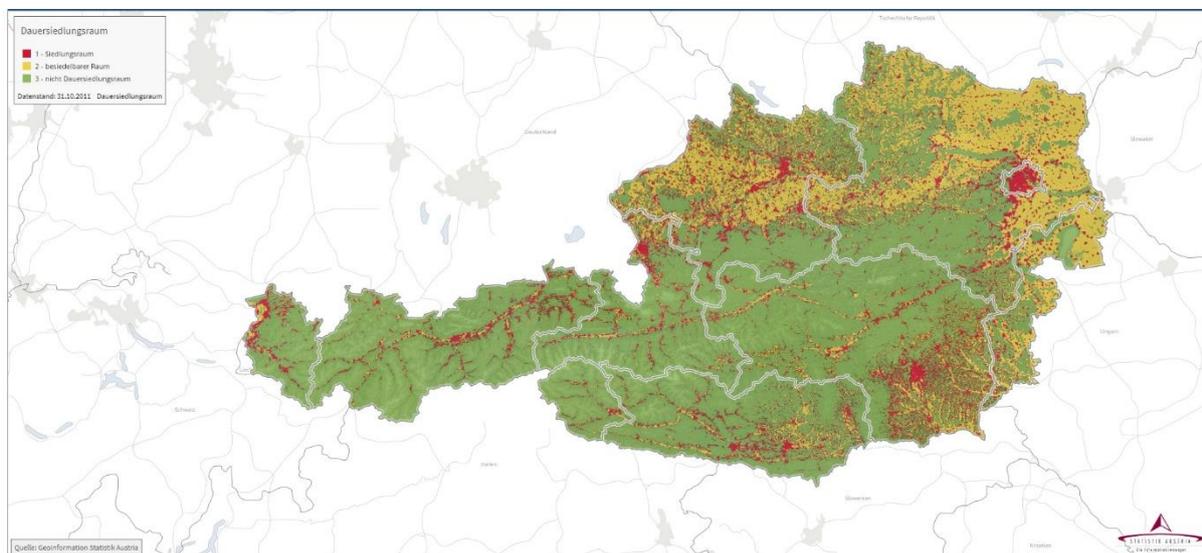


Abbildung 2: Regionale Gliederung Österreichs nach Dauersiedlungsraum (Quelle: STATatlas)

Gemeinden können dies häufig nur mit einem Kredit finanzieren. Die Pflege und Instandhaltung wie z.B. Winterdienste, Reinigungsarbeiten etc. kosten pro Kilometer rund 25.000 Euro im Jahr. Wenn Kleingemeinden mit 1.000 Einwohnern ein Straßennetz betreuen müssen, das 40 km lang ist, aufgrund starker Zersiedelung, dann ist 1 Million Euro nur dadurch gebunden, dieses weitläufige Straßen- und Leitungsnetz funktionstüchtig zu halten.

Trotz einiger Bemühungen der Zersiedelung in Österreich entgegenzuwirken, stellt die Expansion von Siedlungsflächen in den ländlichen Raum eine komplexe Herausforderung dar, da sie von verschiedenen Faktoren wie Bevölkerungswachstum, wirtschaftlicher Entwicklung und individuellen Wohnpräferenzen beeinflusst wird. Eine nachhaltige Raumentwicklung und eine effektive Raumplanung sind daher entscheidend, um die Ausbreitung der Siedlungen einzudämmen und eine lebenswerte Umwelt für zukünftige Generationen zu erhalten. Die Bekämpfung der Zersiedelung erfordert daher eine integrierte und langfristige Planung, die Umweltaspekte, soziale Belange und wirtschaftliche Entwicklungen berücksichtigt.

Ein Problem in diesem Zusammenhang stellen jedoch die Baulandreserven dar, die aufgrund von Bodenspekulationen entstanden sind. Diese Reserven verzeichneten in den letzten Jahren zwar einen Rückgang, sind aber beispielsweise in Oberösterreich mit 22% von gewidmetem, brachliegendem Bauland noch immer sehr hoch. Diese Form der Bodenspekulation existiert schon seit den 1970er Jahren, wo Bauern vom Gemeinderat ihre Flächen in Bauland umwidmen ließen, um eine

finanzielle Sicherheit z.B. bei Aufnahme einer Hypothek zu erhalten. Dieser ausgetrocknete Baulandmarkt lässt die Bodenpreise steigen und macht die Raumordnung nahezu handlungsunfähig. Prinzipiell sollte der Flächenwidmungsplan festlegen, wo gebaut wird und wo nicht. Doch die gewidmeten Flächen kommen nicht auf den Markt. Es werden weitere Flächen umgewidmet, die heute aber meist in raumplanerischen Missgunstlagen liegen, also in peripheren, oft teuer erschließbaren Gebieten.



Man kann davon ausgehen, dass etwa 80 Prozent bis 120 Prozent des jemals gebrauchten Baulandes bereits jetzt existiert. Über hundert Prozent deshalb, weil schon jetzt viele Gebäude leer stehen. Bei der Raumordnung geht es daher nicht nur darum, zukünftige bauliche Entwicklungen zu regeln, also Grünland von Bauland zu trennen. Es geht auch darum, Eingriffe in den Bestand im öffentlichen Interesse zu ermöglichen, um den unverbauten Boden zu erhalten.

Quellen: [4], [7]

Erweiterung von Gewerbe- und Industriegebieten

Der Bau von Gewerbe- und Industriegebieten erfordert eine beträchtliche Fläche, was zu einem erhöhten Bodenverbrauch und zur Versiegelung von Böden führt.

Gewerbe- und Industriegebiete ziehen zudem oft ein erhöhtes Verkehrsaufkommen an sich. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Straßen und des öffentlichen Nahverkehrs. Staus, erhöhte Emissionen und ein gesteigertes Verkehrsaufkommen können die Lebensqualität der umliegenden Gemeinden beeinträchtigen.

Neben dem immensen Bodenverbrauch entstehen auch erhebliche Umweltauswirkungen, insbesondere in Bezug auf Energieverbrauch, Abfallproduktion und Emissionen. Der erhöhte Energiebedarf und die Nutzung von Ressourcen können zu einem größeren ökologischen Fußabdruck führen, während die Freisetzung von Schadstoffen und Emissionen die Luft- und Wasserqualität beeinträchtigen kann. Der Bau von Gewerbe- und Industriegebieten kann zudem zu Konflikten mit bestehenden Wohngebieten führen. Lärm- und Geruchsbelästigungen sowie visuelle

Beeinträchtigungen können die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen und zu Spannungen zwischen Industrie und Wohnen führen. Obwohl der Bau von Gewerbe- und Industriegebieten auch positive Effekte haben kann, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, ist es wichtig, einen ausgewogenen Ansatz zu finden, der

die Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaften und die Umweltauswirkungen berücksichtigt.



Eine sorgfältige Standortwahl mit der Schaffung von gemeindeübergreifenden Planungsverbänden sowie eine nachhaltige Infrastrukturplanung können dazu beitragen eine ausgewogene Entwicklung zu fördern. Ein wirkungsvolles Instrument dazu wäre die Etablierung eines interkommunalen Finanzausgleichs. Des Weiteren sollte verstärkt auf Bestandsnutzung anstelle von Neubau in Österreich gesetzt werden, da dem Land rund 13.000 Hektar Industriebrache zur Verfügung stehen.

Ausbreitung von Freizeit- und Tourismusinfrastruktur

Die Ausweitung von Tourismus- und Freizeitinfrastruktur führt ähnlich wie bei der Erstellung von neuen Gewerbeflächen zwangsläufig zu einem erhöhten Bodenverbrauch. Der Bau von Hotels, Resorts, Skigebieten, Golfplätzen und anderen Freizeiteinrichtungen erfordert Landflächen, die in vielen Fällen zuvor landwirtschaftlich oder als Ökosystem genutzt wurden.

Quellen: [10], [11]

Dieser Prozess kann zu einer Fragmentierung von Lebensräumen führen und die Biodiversität gefährden. Wir setzen uns daher für eine sozial verträgliche und somit nachhaltige Raumplanung ein, um den Bodenverbrauch in Grenzen zu halten. Dies beinhaltet die Priorisierung von bereits urbanisierten oder infrastrukturell erschlossenen Gebieten für den Ausbau von Tourismus- und Freizeitinfrastruktur, anstatt neue Flächen zu beanspruchen. Durch die Förderung von Verdichtung und Revitalisierung können vorhandene Ressourcen optimal genutzt werden, während gleichzeitig der Bodenverbrauch minimiert wird.



Die Ausbreitung von Freizeit- und Tourismusinfrastruktur hat zudem auch soziale Auswirkungen. Oftmals werden bei der Entwicklung touristischer Gebiete Grundstückspreise steigen und Wohnraum knapper werden, was zu Verdrängung und sozialer Ungleichheit führt. Wir stehen daher für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen, einschließlich des Zugangs zu erschwinglichem Wohnraum und der Beteiligung der lokalen Bevölkerung bei Entscheidungen über die Entwicklung von Freizeit- und Tourismusinfrastruktur.

Errichtung von Verkehrsinfrastruktur

Die Errichtung von Verkehrsinfrastruktur in Österreich hat in den letzten Jahrzehnten erhebliche Auswirkungen auf den Bodenverbrauch genommen. Der Bau von Straßen, Autobahnen und anderen Verkehrsprojekten hat oft zu großflächigen Eingriffen in die Natur geführt und den Lebensraum für Pflanzen und Tiere zerstört. Mit der Errichtung neuer Verkehrsinfrastruktur steigt zudem auch die Versiegelung von Flächen, was zu erhöhten Hochwasserrisiken und einer Beeinträchtigung des natürlichen Wasserhaushalts führt. Außerdem führt die Zerschneidung von Lebensräumen durch Straßenbau zu Fragmentierung der Ökosysteme, was die Wandlungsmöglichkeiten von Tierarten einschränkt und ihre langfristige Überlebensfähigkeit gefährdet.

Darüber hinaus führt die Errichtung neuer Straßen und Autobahnen zu Lärm- und Luftverschmutzung, was die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigt und gesundheitliche Risiken mit sich bringt. Insbesondere ärmeren Gemeinden fehlen oft die Ressourcen, um sich gegen solche negativen Auswirkungen zu wehren oder alternative Lösungen zu finden.



Quellen: [6], [10], [11]

Es ist wichtig, dass bei der Planung und Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturprojekten in Österreich verstärkt auf ökologische und soziale Aspekte geachtet wird. Es sollte eine sorgfältige Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt und die Gemeinden durchgeführt werden, um alternative Lösungen zu finden, die den Bodenverbrauch minimieren und die negativen Folgen für die Umwelt und die betroffenen Menschen reduzieren. Gleichzeitig sollten alternative Verkehrsmittel wie öffentlicher Nahverkehr und Fahrradinfrastruktur gefördert werden, um den Bedarf an neuen Straßen und Autobahnen zu verringern. Nur durch eine ausgewogene und nachhaltige Herangehensweise kann der Bau von Verkehrsinfrastruktur in Österreich mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen in Einklang gebracht werden.

Die sozialdemokratische Perspektive auf die Verkehrsinfrastruktur in Österreich muss daher sowohl die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger als auch den Schutz der Umwelt und des Bodens berücksichtigen. Es ist wichtig, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mobilität und Nachhaltigkeit herzustellen.

Quellen: [10], [11]



AUSWIRKUNGEN DES BODENVERBRAUCHS

Der Bodenverbrauch hat vielfältige Auswirkungen auf die Umwelt, die Lebensqualität und die soziale Gerechtigkeit. Aus unserer Sicht ist es von zentraler Bedeutung, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verbrauch zu reduzieren und nachhaltige Lösungen für die Landnutzung und Stadtplanung zu entwickeln. Der Schutz von landwirtschaftlichen Flächen, Grünflächen, Klima, Wohnraum und Wasserversorgung sind zentrale Anliegen, um eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft zu fördern.

BODEN UND WOHNPREISE VOR SPEKULATION SCHÜTZEN!

Eine der größten Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Bodenverbrauch betrifft die Verknappung von Wohnraum, insbesondere in Ballungsräumen. Dies kann zu steigenden Immobilienpreisen und erschwertem Zugang zu bezahlbarem Wohnraum führen. Wir setzen uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, um bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Auswirkungen des Bodenverbrauchs auf dem Wohnungsmarkt abzumildern.

ZUGANG ZU SAUBEREM WASSER FÜR ALLE SICHERN!

Der Bodenverbrauch hat immense Auswirkungen auf die Wasserversorgung, da versiegelte Flächen weniger Wasser absorbieren können. Dies führt zu erhöhtem Oberflächenabfluss, Überschwemmungen und einem Rückgang der Grundwasserstände. Wir setzen uns daher für einen nachhaltigen Umgang und einer gerechten Verteilung unserer Wasserressourcen ein.

SCHUTZ VON WERTVOLLEN AGRARFLÄCHEN!

Der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen durch den kontinuierlichen Verbrauch unserer Böden hat negative Konsequenzen für die Nahrungsmittelproduktion und die Ernährungssouveränität in Österreich. Aus unserer Sicht ist es wichtig, die landwirtschaftlichen Flächen zu schützen, um eine nachhaltige und regionale Lebensmittelversorgung zu gewährleisten und zukünftig qualitativ hochwertige, sichere und leistbare Lebensmittel bereitzustellen.

RAUMORDNUNG NACHHALTIG GESTALTEN!

Die Zersiedelung von Landschaften und der Verlust von Grünflächen hat massive Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht, den Erhalt der Biodiversität und die Lebensqualität der Bevölkerung. Wir setzen uns daher für eine nachhaltige Stadt- und Raumplanung ein, um die negativen Folgen der Zersiedelung zu begrenzen und den Menschen einen Zugang zu Grünflächen zu ermöglichen.

ERDERHITZUNG STOPPEN!

Der Bodenverbrauch wirkt sich bereits jetzt spürbar negativ auf das Klima aus. Durch die Versiegelung von Böden gehen wichtige natürliche Kohlenstoffspeicher verloren, was zu einem erhöhten CO₂-Gehalt in der Atmosphäre beiträgt, die Erderhitzung verstärkt und die Entstehung von Hitzeinseln begünstigt. Unser sozialer Ansatz setzt sich für Maßnahmen zur Reduzierung des Bodenverbrauchs ein, um die Erderhitzung einzudämmen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Quellen: [2], [3], [4], [6], [7], [11]

AKTUELLE MAßNAHMEN

Raumordnungsgesetz (ROG)

Das Raumordnungsgesetz stellt den rechtlichen Rahmen für die Raumplanung dar und legt Ziele und Grundsätze fest, um den Bodenverbrauch zu begrenzen. Es fördert eine kompakte Siedlungsentwicklung, die Innenentwicklung von bestehenden Siedlungsflächen und den Schutz von Freiflächen. Allerdings obliegt die Umsetzung des ROG den einzelnen Bundesländern, was zu unterschiedlichen Standards und Durchsetzungsmaßnahmen führt.

Baulandmobilisierung

Dieses Gesetz zielt darauf ab, brachliegende und ungenutzte Grundstücke in urbanen Gebieten zu aktivieren und für den Wohnungsbau zu erschließen. Es erleichtert die Umwidmung von Flächen und ermöglicht eine beschleunigte Bauentwicklung. Die Baulandmobilisierung konzentriert sich hauptsächlich auf urbanisierte Gebiete und berücksichtigt nicht ausreichend den Schutz von Freiflächen in ländlichen Regionen.

Flächenwidmungs- und Bebauungspläne

Vom Gemeinderat werden für das Stadt- bzw. Ortsgebiet und das Freiland besondere Widmungen festgesetzt. Dadurch wird gewährleistet, dass Städte nach städtebaulichen Gesichtspunkten ausgebaut und eine Zersiedelung von ländlichen Gebieten vermieden wird. Diese Widmungen sind Inhalt des Flächenwidmungsplanes. Der

Bebauungsplan, der vom Gemeinderat anhand des Flächenwidmungsplanes festgelegt wird, enthält jene Bestimmungen, wie in den einzelnen Teilen des Baulandes gebaut werden darf. Die konkrete Umsetzung liegt in der Verantwortung der Gemeinden und kann je nach regionalen Interessen und Kapazitäten variieren.

Förderungen für Revitalisierung und Nachverdichtung

Finanzielle Anreize und Förderprogramme für Projekte zur Revitalisierung und Nachverdichtung von bestehenden Siedlungsgebieten existieren. Dadurch soll der Neubau auf bisher unbebauten Flächen reduziert werden. Allerdings sind diese Förderprogramme begrenzt und reichen nicht aus, um die Kosten für die Umnutzung und Nachverdichtung zu decken.

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Die UVP ist ein Verfahren zur Bewertung der Auswirkungen von größeren Projekten auf die Umwelt. Sie umfasst auch eine Prüfung des Bodenverbrauchs und fördert eine nachhaltige Flächennutzung, die sich jedoch hauptsächlich auf große Infrastrukturprojekte fokussiert und den Bodenschutz bei kleineren Projekten oder bei der Entwicklung von Gewerbegebieten nicht ausreichend berücksichtigt.

Trotz einiger bereits erfolgter Maßnahmen zur Reduktion des Bodenverbrauchs in Österreich, besteht die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern zu stärken, um einheitliche Standards und Durchsetzungsmaßnahmen sicherzustellen.

Quellen: [13]

UNSERE VISION

Die Sozialdemokratie setzt sich traditionell für eine ganzheitliche Politik ein. Daher setzen wir auf eine Politik, die den Bodenverbrauch reduziert, die ökologische Landwirtschaft fördert und die Bevölkerung aktiv einbindet. Nur so können wir die Grundlage für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft schaffen, die sowohl den Bedürfnissen der Menschen als auch den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht wird.

Nachhaltige Bodenbewirtschaftung



Angesichts des steigenden Bedarfs an Flächen für Siedlung, Verkehr und Gewerbe ist es entscheidend, den Bodenverbrauch einzudämmen und den verbleibenden Boden nachhaltig zu nutzen. Hier bieten sich verschiedene Ansätze und Maßnahmen an, um diesem Ziel gerecht zu werden. Zunächst ist es wichtig, den Bodenverbrauch insgesamt zu reduzieren.

Dies kann durch Bodenverbrauchsobergrenzen bzw. durch eine effizientere Flächennutzung erreicht werden, beispielsweise durch die Nachverdichtung bereits bebauter Flächen oder die Umnutzung von Industriebrachen. Hierbei sollten stets soziale Aspekte berücksichtigt werden, um eine ausgewogene und lebenswerte Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger zu

schaffen. Des Weiteren setzen wir uns für eine Stärkung der Innenentwicklung ein. Durch die Förderung von innerstädtischem Wohnbau, Nachverdichtung und Revitalisierung von Bestandsgebäuden wird eine ressourcenschonende Flächennutzung unterstützt. Gleichzeitig werden die Attraktivität der Städte erhöht, die soziale Infrastruktur gestärkt und die Verkehrsbelastung reduziert.

Darüber hinaus spielen Bildung und Bewusstseinsbildung eine entscheidende Rolle bei der nachhaltigen Bodenbewirtschaftung. Es ist wichtig, sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch die breite Bevölkerung über die Bedeutung des Bodenschutzes zu informieren und zu sensibilisieren. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und ein Umdenken in Bezug auf den Umgang mit Bodenressourcen können wir langfristig eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung gewährleisten.

Stärkung des ländlichen Raums



Die Stärkung des ländlichen Raums stellt einen zentralen Baustein für eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung unseres Landes dar. Ein vitaler, lebenswerter ländlicher Raum ist nicht nur ein Garant für eine hohe Lebensqualität, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen

wie der Erderhitzung und der Vermeidung von Flächeninanspruchnahme. Der ländliche Raum bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft. Er steht für Tradition, Naturverbundenheit und Gemeinschaftssinn. Es ist von essenzieller Bedeutung, diesen Raum zu schützen und zu stärken, um eine ausgewogene gesellschaftliche Entwicklung zu gewährleisten.

Um ländliche Regionen attraktiv zu gestalten, bedarf es einer gut ausgebauten Infrastruktur. Dies beinhaltet sowohl den Ausbau von Verkehrs- und Kommunikationsnetzen als auch die Bereitstellung von zeitgemäßen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Durch gezielte Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Förderung von nachhaltiger Mobilität schaffen wir die Voraussetzungen für eine moderne, effiziente und umweltfreundliche Anbindung ländlicher Gebiete an Ballungszentren.

Bezahlbarer Wohnraum und gute Arbeitsbedingungen sind zentrale Elemente für eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum. Hier setzen wir auf gezielte Förderungen von Wohnprojekten, die die Schaffung von lebenswerten Siedlungen ermöglichen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Ansiedlung von nachhaltigen Arbeitsplätzen und die Förderung von lokaler Wertschöpfung ein.

Eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur ist der Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Regionen. Hier setzen wir auf den Ausbau von Bildungsangeboten und die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit modernen Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig fördern wir kulturelle Aktivitäten und

schaffen Raum für gemeinschaftliche Begegnungen.

Die Stärkung des ländlichen Raums ist eine zentrale Aufgabe für eine nachhaltige Entwicklung Österreichs. Durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur, die Schaffung lebenswerter Siedlungen und die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft schaffen wir die Grundlage für eine ausgewogene gesellschaftliche

Entwicklung. Gleichzeitig setzen wir uns für eine restriktive Flächenpolitik ein, um den nachhaltigen Umgang mit unserem kostbaren Boden sicherzustellen. Durch eine partizipative Raumplanung schaffen wir die Basis für eine demokratische und bürgernahe Gestaltung unserer ländlichen Räume.

Österreichweites Raumordnungskonzept



Das österreichische Raumordnungskonzept ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialdemokratischen Politik in Österreich. Es zielt darauf ab, einen nachhaltigen Umgang mit dem begrenzten und wertvollen Gut des Bodens sicherzustellen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. In einer Zeit, in der der Bodenverbrauch und die Zersiedelung bedrohliche Ausmaße annehmen, ist es von großer Bedeutung, den Schutz der Natur, die Erhaltung von landwirtschaftlichen Flächen und die

Schaffung von lebenswerten Räumen in Einklang zu bringen. Wir setzen uns daher für eine effiziente und ressourcenschonende Flächennutzung ein. Ein zentrales Ziel des Raumordnungskonzepts ist es, den Bodenverbrauch zu begrenzen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dazu werden Flächenreserven aktiviert und brachliegende Flächen revitalisiert, um den Bedarf an neuem Bauland zu reduzieren.

Diese Maßnahmen werden in enger Abstimmung mit den Gemeinden und Ländern umgesetzt, um regionalen Bedürfnissen gerecht zu werden und eine ausgewogene Verteilung von Wohnraum und Infrastruktur zu gewährleisten.

Um den Bodenverbrauch weiter zu reduzieren, werden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft gezielte Maßnahmen ergriffen. Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und die Sicherung von landwirtschaftlichen Flächen sind wichtige Anliegen der sozialdemokratischen Raumordnungspolitik. Durch die Schaffung von Anreizen für regionale Vermarktung und den Ausbau von Bio-Landwirtschaft wird die landwirtschaftliche Produktion gestärkt und ein Beitrag zum Erhalt der bäuerlichen Strukturen geleistet. Ein weiterer Aspekt des Raumordnungskonzepts aus sozialdemokratischer Sicht ist der Schutz und die Revitalisierung von Natur- und Landschaftsräumen. Die Erhaltung von Grünflächen, Wäldern und Gewässern ist von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität der Bevölkerung und den Erhalt der Biodiversität. Der Ausbau von Naturschutzgebieten, sowie die Erweiterung und strenger Schutz bestehender Gebiete müssen angestrebt werden. Des Weiteren benötigt es

Renaturierungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, sowie natürliche statt technischer Maßnahmen z.B. für den Hochwasserschutz. Dadurch können naturnahe Räume geschützt, ökologische Ausgleichsflächen geschaffen und der Landschaftsschutz gefördert werden.

Sicherung der Lebensmittelsouveränität und Wasserversorgung



Die Sicherung der Lebensmittelsouveränität bedeutet, dass wir als Nation in der Lage sein sollten, unsere Bevölkerung mit ausreichend hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen, ohne in hohem Maße von Importen abhängig zu sein. Dies erfordert eine stärkere Entwicklung und Förderung unserer heimischen Landwirtschaft, die auf nachhaltigen und umweltfreundlichen Prinzipien basieren soll. Durch die Reduzierung des Bodenverbrauchs und die Förderung ökologischer Anbaumethoden können wir die Produktivität unserer landwirtschaftlichen Flächen langfristig erhalten und gleichzeitig die biologische Vielfalt schützen.

Zudem führt die Klimakrise zu zunehmenden Extremwetterereignissen wie Dürren, die landwirtschaftliche Produktion als auch die Verfügbarkeit von Trinkwasser beeinträchtigen, und

Starkregenereignissen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir in nachhaltige Wassermanagement-Strategien investieren und den Schutz unserer Wasserressourcen gewährleisten. Dies beinhaltet unter anderem den Erhalt und Renaturierung von natürlichen Wasserspeichern wie Feuchtgebieten, die Förderung effizienter Bewässerungstechniken in der Landwirtschaft und die Verringerung von Verschmutzungen durch den Einsatz von umweltfreundlichen Produktionsmethoden. Als sozialdemokratische Partei betrachten wir die Klimakrise und damit verbundene Erderhitzung als eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir nur durch entschlossenes Handeln auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene die Auswirkungen der Klimakrise begrenzen können. Dazu gehören Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen, Förderung erneuerbarer Energien und die Anpassung unserer landwirtschaftlichen Praktiken an veränderte klimatische Bedingungen.

Um den Bodenverbrauch einzudämmen, die Lebensmittelsouveränität zu sichern, die Wasserversorgung zu gewährleisten und die Auswirkungen der Klimakrise zu mildern, ist eine ganzheitliche Politik erforderlich. Wir müssen den Schutz unserer natürlichen Ressourcen, die Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken und den Ausbau erneuerbarer Energien miteinander verknüpfen. Gleichzeitig dürfen wir die sozialen Aspekte nicht aus den Augen verlieren und müssen sicherstellen, dass die Gesellschaft bei diesem Transformationsprozess

unterstützt und in den Prozess eingebunden wird. Als sozialdemokratische Partei sind wir entschlossen, diese Herausforderungen anzunehmen und eine Politik zu fördern, die den Bodenverbrauch reduziert, die Lebensmittelsouveränität sichert, die Wasserversorgung gewährleistet und die Auswirkungen der Klimakrise bekämpft. Nur durch eine gerechte und nachhaltige Entwicklung können wir eine lebenswerte Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger Österreichs schaffen.

Schaffung von legislativen Rahmenbedingungen für Netto-Null Bodenverbrauch



Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Bodenverbrauch auf ein nachhaltiges Niveau reduziert wird, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger langfristig zu sichern.

Wir stehen daher für die Einführung von Gesetzen und Vorschriften, die eine effektive Raumplanung ermöglichen. Es ist wichtig, dass Flächen zielgerichtet genutzt werden und dass eine ausgewogene Balance zwischen Siedlungsflächen, Gewerbegebieten und landwirtschaftlicher Nutzung gefunden wird und ausreichend Flächen der Natur zur Verfügung stehen. Dabei sollten die Bedürfnisse der Bevölkerung, ökonomische Interessen und

ökologische Belange gleichermaßen berücksichtigt werden.

Des Weiteren fordern wir die Förderung von Maßnahmen, die den nachhaltigen Umgang mit bereits genutzten Flächen fördern. Leerstehende Gebäude und Industriebrachen sollten revitalisiert und für neue Zwecke umgewidmet werden, bevor unberührte Natur- und Ackerflächen in Anspruch genommen werden. Dies kann durch forcierte finanzielle Anreize für Investoren und Unternehmen geschehen, die auf nachhaltige Bauprojekte setzen oder alte Gebäude umnutzen.

Der Schutz des Bodens und die Eindämmung des Bodenverbrauchs ist eine gemeinsame Verantwortung, die wir als sozialdemokratische Partei ernst nehmen. Wir sind fest entschlossen, die notwendigen legislativen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bodenverbrauch in Österreich zu begrenzen und eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen zu sichern.

Neuregelung für den Umgang mit Leerständen in Österreich



Der zunehmende Leerstand von Gebäuden in Österreich ist ein Phänomen, das nicht nur ökonomische Auswirkungen hat, sondern auch soziale und ökologische Herausforderungen mit sich bringt. Es ist bedauerlich zu sehen, wie Wohn- und Gewerbeimmobilien leer stehen, während

gleichzeitig ein erheblicher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und Flächen für öffentliche Infrastruktur besteht. Aus sozialdemokratischer Perspektive ist es daher für uns entscheidend, dass wir Maßnahmen ergreifen, um Leerstände effektiv zu bekämpfen und den Bodenverbrauch zu reduzieren. Es gilt, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Gemeinwohl herzustellen. Durch gezielte steuerliche Anreize und finanzielle Unterstützung wollen wir Eigentümer ermutigen, ihre Leerstände zu reduzieren und den Bedarf an Wohnraum zu decken. Gleichzeitig sollten wir jedoch sicherstellen, dass die Kosten für die Sanierung und Umnutzung von Gebäuden nicht zu Lasten von Mieterinnen und Mietern oder der öffentlichen Hand gehen.

Die Neuregelung von Leerständen in Österreich im Zusammenhang mit dem Bodenverbrauch stellt eine komplexe Herausforderung dar, die eine ganzheitliche Herangehensweise erfordert. Wir sind der Überzeugung, dass eine sozialdemokratische Politik die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und Lösungen schafft, die sowohl soziale Gerechtigkeit als auch ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten. Nur durch gemeinsames Handeln können wir eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen sicherstellen.

UNSERE FORDERUNGEN

1. Verbindliche Obergrenze für den Bodenverbrauch

Abschluss einer Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, mit der das gemeinsame Ziel, die Bodenversiegelung auf **1 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030** mit entsprechender Kontingentierung für verbindlich erklärt wird. Eine solche Gliedstaatsvereinbarung würde den Druck auf die Länder (als Aufsichtsbehörden gegenüber den Gemeinden) deutlich erhöhen, Umwidmungen in den Gemeinden strenger auf ihre Notwendigkeit und Zulässigkeit hin zu prüfen.

2. Monitoringpflicht und Schaffung von Transparenz

Eine einfache und kostengünstige Maßnahme wäre, eine Pflicht der Gemeinden zu normieren, einmal pro Jahr auf der Gemeindeforum zu veröffentlichen, wie viele Flächen im Vorjahr in Bauland umgewidmet wurden, für wie viele Flächen Baubewilligungen erteilt wurden und wie viel unbebautes Bauland in der Gemeinde noch vorhanden ist. Dies hätte zur Folge, dass für die Allgemeinheit und die Zivilgesellschaft sichtbar würde, welche Gemeinden für die Bodenversiegelung im Besonderen politisch verantwortlich sind. Solche Informationen gibt es in einigen Bundesländern (zum Beispiel Oberösterreich) für das gesamte Landesgebiet, aber soweit ersichtlich nicht für die einzelnen Gemeinden.

3. Neue Raumplanungsgesetze

Landesregierungen sollten verpflichtet werden, in der überörtlichen Raumplanung entsprechende Vorgaben an die Gemeinden aufzustellen. Hier ist insbesondere die Festlegung von verbindlichen Siedlungsgrenzen wesentlich. In den Raumordnungsgesetzen der Bundesländer müsste eine Pflicht für alle Gemeinden aufgenommen werden, eine Strategie zum Bodenverbrauch zu beschließen und Änderungen der Flächenwidmungspläne daran zu messen.

4. Förderung von effizienter Flächennutzung

Maßnahmen wie etwa befristete Widmungen von bestehendem Bauland und Baulandreserven, sowie die Rückwidmung in Grünland nach Ablauf einer gewissen Frist oder auch Regelungen durch Vertragsraumordnung führen zu einer effizienten Flächennutzung. Des Weiteren benötigt es restriktive Kriterien im Umgang mit zusätzlichen Baulandwidmungen. Es muss politisch festgelegt werden, dass keine Umwidmung von Grün- zu Bauland erfolgen darf, bevor bestehende Baulandwidmungen nicht in Anspruch genommen werden. Auch in den Bauordnungen der Bundesländer müssen Festlegungen getroffen werden. Diese umfassen die Reduzierung von Pflichtstellplätzen, keine ebenerdigen Parkplätze neben Handelsbetrieben und Fachmarktzentren und stattdessen eine Pflicht zur mehrstöckigen Bebauung.

5. Nachhaltige Wohnbauförderung

Die Modifikation der Wohnbauförderung hin zu Anreizen für flächensparende Bebauung kann als wichtiger Schritt gegen die Zersiedelung wirken. Neubauten auf der "grünen Wiese" und abseits von Ortskernen sollten dadurch nicht mehr begünstigt werden.

6. Finanzausgleich und Steuersystem ökologisieren

Im Hinblick auf die angestrebte Klimaneutralität und Obergrenzen für den Bodenverbrauch muss der Finanzausgleich angepasst werden. Sparsame Flächennutzung und der Erhalt biologisch produktiver Böden sollte belohnt, ausufernde Flächeninanspruchnahme eingeschränkt werden. Die Umsetzung sollte auf interkommunaler Ebene erfolgen. Die Ökologisierung des Steuersystems soll zudem Anreize für CO₂ Bindungskapazitäten schaffen und das Naturkapital Boden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigen.

7. Eingriff der öffentlichen Hand in den Bestand

Obwohl die Länder durch die Anwendung von Bodenbeschaffungsgesetzen und Stadterneuerungsgesetzen bereits über Handlungsfähigkeiten die bauliche Entwicklung zu regeln verfügen, wird dies aufgrund der Enteignungsmöglichkeit vermieden. Alternativ soll ein Baurecht eingeräumt werden, damit der Eigentumsübergang vermieden wird. Es soll der öffentlichen Hand auf Basis einer gesetzlichen Verpflichtung, in bestimmten Problemsituationen die Nutzung der

Baulandwidmung oder die Sanierung von vorhandenem Baubestand ermöglichen.

8. Stärkung nationaler Versorgungsstrukturen

Wir fordern die Schaffung von lokalen Produktionssystemen und Mitbestimmung der lokalen Erzeuger in strukturellen Fragen wie z.B. Verwaltungsrechte von Land, Territorien, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in die Hand der Produzenten statt der Unternehmen.

Besonders wertvolle Agrarflächen sollen zudem per Gesetz vor Verbauung geschützt werden. Dies betrifft auch die Verbauung mit Photovoltaik. Prinzipiell ist hier ein Ausbau anzustreben, jedoch auf toter Infrastruktur wie z.B. Dächern und Parkplätze. Die Planung von Freiflächen-PV-Anlagen darf nur auf abgestimmten Eignungszonen und unter Einhaltung strenger Naturschutzkriterien erfolgen. Der Schutz von wertvollen Agrarflächen trägt wesentlich dazu bei die Nahrungsmittelsouveränität in Österreich aufrecht zu erhalten und schützt den Verbraucher auch vor „Dumping“ und Billigimporten. Außerdem soll durch nachhaltigen Konsum die Lebensmittelsouveränität langfristig stabilisiert werden. Entscheidende Aspekte sind die Förderung der Direktvermarktung, der Vermeidung von Greenwashing durch die Verwendung irreführender Gütesiegel, Förderung der Saisonalität und Regionalität und durch gezielte Kampagnen den Fleischkonsum zu reduzieren.

9. Neuregelung im Umgang mit Leerständen in Österreich

Die Etablierung einer österreichweiten Leerstands-Datenbank in Kombination einer gesetzlich verankerten Meldepflicht, Leerstände nach 6 Monaten zu melden soll als rechtliches Instrument gegen weitere Bodenversiegelung wirken. Gleichzeitig soll die Einführung einer bundesweiten Leerstandsabgabe bei unbegründeten Leerstand ab 6 Monaten nach Bekanntgabe des Leerstandes vom Besitzer erhoben werden. Die Abgabe soll in Höhe von 100 Euro/m²/Jahr ausfallen. Dies würde einen signifikanten Lenkungseffekt auslösen und dem Staat jährlich in etwa 1,9 Milliarden Euro einbringen bzw. 198.000 zusätzliche Wohnungen für Mieter auf den Markt bringen, was sich wiederum positiv auf die Mietpreise auswirken lässt. Monetären Anreizsysteme können mit diesen zusätzlichen Einnahmen ausgebaut werden, um Leerstände zu revitalisieren bzw. für die Sanierungsförderung von leerstehenden Gebäuden mit betrieblicher oder öffentlicher Nachnutzung bereitstellen. Die Kosten für den Abriss brachliegender Gebäude im Bereich der Reaktivierung von Brachflächen könnten dadurch ebenfalls gedeckt werden.

10. Erarbeitung einer österreichweiten Bodenentsiegelungsstrategie

Wir wollen finanzielle Anreize schaffen, um Gemeinden, Unternehmen und Organisationen bei der Umsetzung von Bodenentsiegelungsprojekten zu unterstützen. Dies benötigt eine bundesweite Strategie mit ausreichenden Förderungen, welche auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten eingeht.

Damit einhergehen soll die Einführung einer Abgabe für neu versiegelte Flächen. Die Einnahmen daraus sollen für Entsiegelungs- sowie Renaturierungsprojekte verwendet werden. Zudem soll die Versiegelung von Böden dadurch möglichst unrentabel gestaltet werden.

REFERENZEN

1. **Bodenwelten** – [Bodenfunktionen - der ökologische Wert der Böden](#)
2. **Europäische Umweltagentur** – [EUA Signale 2019](#)
3. **EU-Umweltbüro** – [Boden und Bodenschutz – Situation in Österreich und in der EU \(2017\)](#)
4. **Gerlind Weber** - [Bodenschutz - ein Gebot der Fairness gegenüber nachfolgenden Generationen \(2008\)](#)
5. **Horn 2021** – [Auswirkungen des Klimawandels auf Bodenfunktionen](#)
6. **Hutter et al. 2020** – [Auswirkungen des Bodenverbrauchs auf die menschliche Gesundheit aus umweltmedizinischer Sicht](#)
7. **Kontrast.at** – [Expertinnen-Artikel von Gerlind Weber \(2021\)](#)
8. **Österreichische Hagelversicherung** – [OTS Presseaussendung \(Mai 2023\)](#)
9. **Statistik Austria** – [Bericht Bodennutzung \(2020\)](#)
10. **Umweltbundesamt** – [Flächeninanspruchnahme 2021](#)
11. **Umweltbundesamt** – [Jährlicher Bodenbericht 2021](#)
12. **Wiesmeier et al. 2020** – [CO₂-Zertifikate für die Festlegung atmosphärischen Kohlenstoffs in Böden: Methoden, Maßnahmen und Grenzen](#)
13. **WKO 2023** – [Bauordnungen und Raumordnungsgesetze der Bundesländer](#)
14. **WWF** – [Bodenreport 2023](#)
15. **Momentum Institut** – [Leerstandsabgabe](#)



Umwelt und
Nachhaltigkeit

Themeninitiative der SPÖ